

Diakonie weicht neues Gebäude für ihre älteste Kita ein

Jede Menge gute Nachrichten gab es gestern in der Brüderstraße 18 zu hören. Das Diakonische Werk Leipzig weihte dort einen Neubau für ihre älteste Kita ein. Diese heißt Mosaik und wurde am 25. Juli 1880 als „Kinderbewahranstalt“ in der Arndtstraße 51 eröffnet, erzählte Migrationsdirektor Christian Kreuzel bei der Feierstunde. „Mit fast 139 Jahren gehört sie zu den ältesten in Leipzig überhaupt.“ 1999 sei das Haus in der Arndtstraße zum Wohnheim für Menschen mit Behinderungen verwandelt worden. „Deshalb zog die Kita um in die Ferdinand-Rhodes-Straße 17, wo sie dann ihren Namen Mosaik erhielt“, berichtete Kreuzel weiter. Nun habe sie in dem zweigeschossigen Neubau an der Brüderstraße ihre dritte Heimstatt gefunden – und sei auf 135 Plätze (davon 46 in der Krippe) gewachsen. Errichtet wurde das schmucke Haus für 2,4 Millionen Euro von der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB), die es an die Diakonie vermietet hat.

Den alten Standort im Musikviertel nutzt die Stadt künftig komplett für kommunale Kitas, erklärte Baubürgermeisterin Dorothee Dubrau (parteilos). Zur Diakonie gehören in Leipzig elf Kitas, sie denke aber schon über weitere Standorte nach, ergänzte Kreuzel. Die LWB will im Februar ihre dritte, neu errichtete Kita in der Watestraße (165 Plätze) übergeben, so Geschäftsführerin Ute Schäfer. „Und wir bereiten zurzeit drei weitere Neubauten mit integrierten Kitas vor“, kündigte Co-Geschäftsführerin Iris Wolke-Haupt an. Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) schickte ein Grußwort: „Beim Kita-Angebot für junge Familien sind wir jetzt in Leipzig auf der Zielgeraden. Bis Herbst 2019 sollte sich die Situation deutlich entspannt haben – auch dank der LWB.“ jr



Oberbürgermeister Jung empfängt Neubürger

Herzlich willkommen: Oberbürgermeister Burkhard Jung begrüßte gestern Abend im Neuen Rathaus neu eingewürgerte Leipziger. Sahira Al-Hadad aus dem Irak (3.v.l.) ist dabei mit 70 Jahren die älteste Frau, die das Einbürgerungsverfahren erfolgreich abgeschlossen hatte. Sie kam mit Osamah Al-Haideri (39) und Sadoon Khassaf (71). Der jüngste Neubürger ist Polykarpos Papageorgion (1) aus

Griechenland, hier auf dem Arm seines Vaters Polyharpos, zusammen mit Olga Giannoulaki (42) und ihren Söhnen Filippos (8) und George (11). Im Vorjahr waren mit 630 Personen aus 85 Staaten 105 mehr eingewürgert worden als noch 2017. Die meisten Neu-Leipziger kamen 2018 aus der Ukraine (54), aus dem Irak (53), aus Vietnam (46) sowie aus Großbritannien (35).

Revisionsprozess: Stückelmörder schweigt bei Auftakt

Zum Auftakt des Revisionsprozesses um zwei getötete und zerstückelte Frauen in Leipzig wollte sich der Angeklagte am Donnerstag nicht äußern. Nach der teilweisen Aufhebung des Ersturteils durch den Bundesgerichtshof (BGH) steht der 39-jährige Mongole Dovchin D. erneut vor dem Landgericht. Wie berichtet, hatte die 1. Strafkammer den Konstruktionsmechaniker im März 2018 wegen zweifachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Demnach erwürgte der Angeklagte im April 2016 die Portugiesin Maria D. (43) und im November 2016 die Grünauerin Anja B. (40) in seiner Wohnung in der Demmeringstraße. Er zerstückelte beide Leichen und entsorgte sie wie Müll.



Angeklagter Dovchin D.

Der BGH bestätigte das Urteil hinsichtlich der getöteten Portugiesin Maria D., sodass Dovchin D. bereits rechtskräftig wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt ist. Der Schuldspruch im Fall von Anja B. hielt einer rechtlichen Überprüfung jedoch nicht stand. Ebenso müssen die Verurteilungen wegen Störung der Totenruhe in beiden Fällen sowie die besondere Schwere der Schuld neu von der jetzt zuständigen 11. Strafkammer beurteilt werden.

Verteidiger Stephan Wirth hatte somit mit der Revision gegen das Ersturteil einen Teilerfolg erzielt. Der neue Prozess könnte ganz praktische Auswirkungen auf die Inhaftierung von Dovchin D. haben. „Stellen die Richter keine besondere Schwere der Schuld mehr fest, könnte er nach 15 Jahren Haft auf Bewährung entlassen werden“, so der Verteidiger am Donnerstag. Er hatte ursprünglich auf zweifachen Totschlag und eine „angemessene Freiheitsstrafe“ plädiert. Für den Prozess haben die Richter Termine bis 20. März geplant.

Dovchin D., Vater einer vier Jahre alten Tochter, wurde inzwischen von der Justizvollzugsanstalt Leipzig in das Gefängnis nach Waldheim verlegt. Seine Ehe ist im Sommer 2018 geschieden worden. Seine Ex-Ehefrau schreibe ihm noch zweimal im Jahr Briefe und lege Fotos bei, um ihn über die Entwicklung des Mädchens zu informieren, hieß es.

Sabine Kreuz

Brandstiftung: Mann weist Vorwurf zurück und will Freispruch

Der wegen schwerer Brandstiftung zu drei Jahren und zwei Monaten Freiheitsstrafe verurteilte Leipziger Ronny K. (33) nimmt den Schuldspruch nicht hin. Nach seiner Berufung begann gestern vor dem Landgericht die Neuaufgabe. Sein Ziel: Freispruch.



Angeklagter Ronny K.

Zufällig startete ausgerechnet gestern im Gericht ein paar Türen weiter auch die Verhandlung gegen den Mongolen, der die damalige Verlobte von Ronny K. – die 40-jährige Anja B. – getötet hat (siehe Beitrag oben). Ronny K. und seine Verlobte hatten sich im November 2016 getrennt, sodass die Frau allein in eine Bar gegangen war. Offenbar auf dem Lindenauer Markt traf sie dann den Mongolen, den sie in seiner Wohnung begleitete.

Ronny K. soll wenige Monate zuvor, am 9. Juli 2016, in jenem Mehrfamilienhaus in der Schadowstraße, in dem er selbst mit Anja B. und der gemeinsamen Tochter lebte, ein Feuer gelegt haben. Der Gebäudeschaden war mit einer halben Million Euro immens. Das Amtsgericht als erste Instanz konnte das Motiv nicht aufklären. Laut Urteil zündelte er „aus nicht nachvollziehbaren Gründen, vermutlich aus Ärger über eine anstehende Zwangsäumung“. Gestern hieß es, dass auf dem Dachboden häufiger auch ein obdachloser Bekannter des Paares genächtigt und geraucht habe. Prozessfortsetzung: 6. Februar.

S. K.

Kiesabbau: Stadtrat probt Schulterschluss mit Rückmarsdorf

Leipzig meldet „erhebliche Bedenken“ gegen das Vorhaben an / Entscheidung fällt im Oberbergamt

VON ANDREAS TAPPERT

Der Stadtrat hat sich beim geplanten Abschluss eines rund 47 Hektar großen Kiesabbaugebietes in Rückmarsdorf an die Seite der protestierenden Anwohner gestellt. In einer Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren – das in der Landesdirektion entschieden wird – forderte der Stadtrat einen deutlich größeren Abstand des Kiesabbaugebietes zur angrenzenden Wohnsiedlung. Dieser Abstand müsse mindestens 300 Meter betragen, heißt es in der Stellungnahme, die auf der Ratssitzung am Mittwoch mehrheitlich verabschiedet wurde. Die dort befindlichen kommunalen Flächen sollten bei einem Kiesabbau weiter landwirtschaftlich genutzt werden. Gleichzeitig teilte die Stadt der Freistaat-Behörde schriftlich mit, dass sie „aus fachlicher Sicht erhebliche Bedenken gegen den

geplanten Kiessandtagebau“ hat. Dieser sei „nur mit Auflagen raumverträglich“. Der geforderte 300-Meter-Abstand und die „erheblichen Bedenken“ gelangten in die Stellungnahme, weil sich mit der Linkspartei, den Grünen und der SPD gleich drei Ratsfraktionen dafür einsetzten. Aber auch im Ursprungsentwurf der Stadt waren insgesamt 59 Kritiken und Hinweise enthalten.

Vertreter anderer Fraktionen warnten davor, die Hürden für den Kiesabbau zu hoch zu setzen. „Wir müssen eine verantwortungsvolle Politik machen“, forderte Stadtrat Sven Morlok (FDP) von der Freibeuter-Fraktion. „Leipzig ist eine wachsende Stadt, in der gebaut werden muss. Wir brauchen dafür auch Baumaterial, das nicht erst von weither antransportiert werden muss.“ Andreas Faulhaber (CDU) plädierte dafür, die Wirtschaftlichkeit des Kiesabbaus nicht zu stark einzuschrän-

ken. Die AfD-Fraktion stellte sogar einen eigenen Änderungsantrag, der allerdings komplett durchfiel. Darin war gefordert worden, den Anwohnern ein stärkeres Mitspracherecht bei der Rekultivierung des Kiesabbaugebietes zu sichern. Die Stadt sollte dafür eine Bürgerbeteiligung organisieren, in die neben den Anwohnern auch der Ortschaftsrat und Umweltverbände eingebunden werden sollten. Auch das abbauende Unternehmen sollte rechtzeitig einbezogen werden, um die Umsetzung zu optimieren.

Kontrovers diskutiert wurde vor allem der geforderte 300-Meter-Abstand. „Wir haben diese Zahl nicht wirklich gegriffen“, betonte Tim Elschner (Grüne). „Wir haben uns raumplanerische Unterlagen ähnlicher Vorhaben angeschaut, in denen dieser Abstand ebenfalls angewendet und als sozialverträglich bezeichnet wurde.“ Stadtrat Christian Schulze (SPD) hob

hervor, dass diese Abstandsfläche in einer Großstadt wie Leipzig auch notwendig sei, um die weitgehend verschwundene Landwirtschaft im Bewusstsein der Städter zu erhalten und Kindern anschaulich zu machen. Ilse Lauter (Linke) betonte, das Projekte dürfe „nicht zulasten der Menschen in Rückmarsdorf, der Natur und der Landwirtschaft“ gehen.

Die Bürgerinitiative Rückmarsdorf begrüßte gestern die Position der Stadt. „Das ist ein kleiner Erfolg für uns“, erklärte Sprecher Detlev Ducksch. „Der 300-Meter-Abstand ist ein Schritt in die richtige Richtung.“ Dadurch könnte sich der Abbaueinsatz von 16 auf etwa sieben Jahre verringern. „Unser Ziel ist natürlich, den Kiesabbau komplett zu verhindern“, so der Sprecher. „Aber wenn die Landesdirektion den 300-Meter-Abstand festlegt, wird sich auch das final entscheidende Oberbergamt daran halten.“

Verwaltung gibt mehr Hilfen für Migrantenorganisationen

Die Stadt wird vorerst kein „house of resources“ einrichten, in dem Leipziger Migrantenorganisationen sowie integrativ wirkende Organisationen und Initiativen arbeiten können. Dieses sogenannte „Ressourcen-Haus“ wurde vom Leipziger Migranten-Beirat gefordert, damit dort Migranten und ihre Unterstützer arbeiten können. In diesem Haus sollte die Stadt auch die notwendige technische Ausstattung wie Veranstaltungsräume mit Beamern, Computern und WLAN sicherstellen. „In anderen Städten gibt es solche Häuser bereits – Leipzig hinkt hinterher“, erklärte am Mittwoch im Stadtrat Kanwaljit Singh Sethi, Vorsitzender des Migrantenbeirats. Er hob hervor, dass Leipzigs jährlicher Bevölkerungszuwachs „zu 53 bis 54 Prozent aus Personen mit Migrationshintergrund“ bestehe.

Juliane Nagel (Linke) nannte die For-

derung „hoch vernünftig“. Wenn der Bund die notwendigen Mittel bereitstellt, sollte dies die Stadt mit Eigenmitteln tun, erklärte sie. Petra Cagalj Sejdi (Grüne) begrüßte den Antrag ebenfalls. Sie erklärte sich aber bereit, zunächst eine Übergangslösung zu akzeptieren. Der Oberbürgermeister soll deshalb jetzt bei der geplanten neuen Nutzung des ehemaligen Bürgeramts im Stadthaus ausdrücklich auch Migrantenorganisationen ein Angebot zur Mitnutzung unterbreiten und die geforderte Ausstattung absichern. Außer dem sollen im Doppelhaushalt 2019/2020 rund 20 000 Euro für die Stärkung der Vereinsstrukturen der Migrantenorganisationen bereitgestellt werden. Darüber hinaus wurde er beauftragt, die Aktivitäten zur Beratung und zum Coaching von Migrantenorganisationen zu bündeln und zu intensivieren.

A. T.

Ein Monat ohne Auto – Rathaus prüft Festival-Bewerbung

Auf Vorstoß der grünen Stadtratsfraktion lässt Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) jetzt prüfen, ob Leipzig sein Interesse an der Ausrichtung des Eco-Mobility World Festivals bekundet. Dieses Festival findet seit 2013 alle zwei Jahre an wechselnden Orten in der Welt statt. Dort wird dann einen Monat lang in einem Stadtteil komplett auf Verkehrsmittel verzichtet, die privat oder fossil betrieben werden. Mit diesem Experiment soll ermittelt werden, welchen Einfluss eine solche Umstellung auf die Lebensqualität der Bewohner des Stadtteils hat und wie ein größerer Um- oder Einstieg in eine nachhaltige Mobilität gelingen kann. Dabei wird das Experiment als Festival angelegt, um breite Bevölkerungsschichten einzubeziehen. Veranstaltungsorte waren bisher im Jahr 2013 die Stadt Suwon in der Republik Korea, 2015 Johannesburg in

Südafrika und 2017 Kaohsiung in China. Sollte die erste Prüfung einer Leipziger Bewerbung um das Eco-Mobility World Festival positiv ausfallen, wird sie ein Thema in der sogenannten Leipziger „Clearinggruppe Großveranstaltungen“. Dort wird noch einmal geprüft, ob eine solche Bewerbung auch im Leipziger Interesse liegt.

In einer ersten Stellungnahme hat die Stadtverwaltung in der Ratssitzung am Mittwoch erklärt, das Festival könne die verkehrspolitischen Ziele der Stadt Leipzig „sehr gut unterstützen“. Außerdem sei damit zu rechnen, dass „eine große regionale und nationale Aufmerksamkeit“ auf die Stadt gezogen würde. Allerdings müsse zuvor detailliert geprüft werden, welche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

A. T.

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

Geegründet 1894
Leipziger Verlags- und Druckergesellschaft mbH & Co. KG
Chefredakteur: Jan Emendörfer
Stellvertreter: André Böhmer, Olaf Mejer
Chefvom Dienst: Dr. Anita Kecke
Chefredakteur: Guido Schäfer, Sachsen/Wirtschaft: Roland Herold, Landespolitischer Korrespondent: Andreas Debbki, Frank Johannsen (Wirtschaft), Kultur: Peter Korfhammer, Sport: Frank Schöber, Lokalsport: Kerstin Förster, Redaktionsproduktion: Bert Klinghammer, LVZ-Digital: Matthias Roth, Lokales Leipzig: Björn Meine, Stellv.: Klaus Staebert (Kommunalsport), Chef vom Dienst: Dominic Welters, Polizei und Justiz: Frank Döring
Die LVZ erscheint in Zusammenarbeit mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND)
Chefredakteur: Marco Fenske
Mitglieder der Chefredaktion: Matthias Koch und Gordon Repinski
Leitung Newsroom: Jörg Kallmeyer (Print), Christoph Maier (Digital), Stefanie Gollasch, Dany Schrader
Nachrichtengeneratoren: dpa, afp, sid, epd
Geschäftsführer: Björn Steigert, Adrian Schimpf
Anzeigen: Arne Frank
Vertrieb und Marketing: Judith Fröhliche
Verlag, Redaktion, Druckerei: 04088 Leipzig, Hausanschrift: Peterssteinweg 19, 04107 Leipzig, Telefon: 0341 2181-0, Telefax: 0341 2181640, Abservices: 0800 2181-020, Kleinanzeigen: 0800 2181-010, Internet: www.lvz.de
Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch Zusteller für die gedruckte Zeitung 35,50 Euro (einschl. Zustellkosten und 7% = 2,32 Euro Mehrwertsteuer) oder durch die Post 41,60 Euro (einschl. Portoanteil und 7% = 2,78 Euro Mehrwertsteuer). Zusätzlicher monatlicher Bezugspreis für das E-Paper und den Online-Zugang zu den bezahlpflichtigen Inhalten auf www.lvz.de 150 Euro (einschl. 19% = 0,24 Euro Mehrwertsteuer). Für Kündigungen von Abonnements gilt eine Frist von 6 Wochen zum Quartalsende. Im Abonnement ist das Wochenmagazin „prima“ enthalten.
Die Auflage ist VWV-geprüft
Anzeigenpreisliste Nr. 27, gültig ab 1.1.2019
Für unverlangt eingesandenes Material keine Gewähr. Die Redaktion behält sich bei der Veröffentlichung von Zuschriften das Recht sinnvoller Kürzungen vor. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder in Fällen höherer Gewalt bzw. Streik oder Aussperrung besteht kein Entschädigungsanspruch.
Die Zeitung ist in allen Teilen urheberrechtlich geschützt. Sie darf ohne vorherige Zustimmung durch den Verlag weder ganz noch teilweise vervielfältigt oder verbreitet werden. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf Datenträgern.
Für die Herstellung der Leipziger Volkszeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Anzeige

8. und 9. Februar 2019

Promenaden Hauptbahnhof

Informieren und buchen

16. LVZ Reisemarkt

In den Promenaden Hauptbahnhof präsentieren Reiseveranstalter, Tourismusverbände, Freizeitunternehmen ausgewählte und attraktive Reisen, Ausflugsziele, Wellnessparadiese, Kureinrichtungen u.v.m. www.lvz.de/Reisemarkt

Freitag, 8. Februar 2019
10.00 – 20.00 Uhr

Samstag, 9. Februar 2019
10.00 – 20.00 Uhr

Tägliches Bühnenprogramm
und großes Gewinnspiel



LEIPZIGER VOLKSZEITUNG